



Newsletter des Netzwerks Kritische Richter und Staatsanwälte n.e.V.

FORUM KRISTA

Ausgabe - Dezember 2024



VORWORT

Liebe Leser,

verschaffen Sie sich mit unserem monatlichen Newsletter einen Überblick: Wir informieren Sie über Aktuelles aus der Rechtsprechung und den Medien.

Um den Newsletter knapp zu halten, beschränken wir uns bei der Medienschau regelmäßig auf die Wiedergabe der dortigen Überschriften und einleitenden Sätze.

Ferner finden Sie Verweise auf unsere aktuellen eigenen Beiträge, mit denen wir uns differenziert mit rechtsstaatlichen Problemstellungen auseinandersetzen.

Wir wünschen ein frohes neues Jahr und viel Freude bei der Lektüre!

INHALT

1	Vorwort
2	Aktuelles aus der Rechtsprechung
2 - 13	Fundstücke aus den Medien
14	Bücher
14	Aufsätze
14	Impressum

AKTUELLES AUS DER RECHTSPRECHUNG

Niedersächsischer Staatsgerichtshofs, Urteil vom 09.12.2024, Az.: StGH 10/23:

Die Beschwerde gegen den Beschluss des Niedersächsischen Landtages vom 14. September 2023 wurde zurückgewiesen. 1. Die Aufstellung von Wahlbewerbern durch den Kauf von Delegiertenstimmen stellt einen der denkbar schwersten Fälle eines Wahlrechts- und Demokratieverstößes dar. 2. Die Verwendung privat vereinnahmter Gelder für Parteizwecke kann bei fehlender Darstellung in Rechenschaftsberichten Straftatbestände des Parteiengesetzes (§ 31d PartG) verwirklichen, sie begründet für sich genommen aber keinen zur erfolgreichen Anfechtung einer Landtagswahl führenden Wahlfehler. 3. Ein Wahlvorschlag genügt wahlrechtlichen Anforderungen, wenn er neben einer geheimen Abstimmung einen Kernbestand an Verfahrensgrundsätzen, ohne den ein Kandidatenvorschlag schlechterdings nicht Grundlage eines demokratischen Wahlvorgangs sein kann, einhält. 4. Eine satzungswidrig vorgenommene Aufstellung eines Landeswahlvorschlags im Rahmen einer Delegiertenversammlung verletzt für sich genommen nicht diesen Kernbestand an Verfahrensgrundsätzen. ([beck-online](#))

FUNDSTÜCKE AUS DEN MEDIEN

01.12.2024 [Cicero](#): Gefahr für Meinungsfreiheit und Demokratie - „Majestätsbeleidigung“ als Straftat. Beleidigung von Politikern ist erst seit der Corona-Zeit ein gesonderter Straftatbestand. Seither wird der entsprechende Paragraph von Politikern und der Justiz zur Einschüchterung von Bürgern missbraucht. Er sollte daher dringend abgeschafft werden. Allein der amtierende Bundeswirtschaftsminister hat in seiner bisherigen Amtszeit mehr als 800 Anzeigen gestellt. Ein erkennbar satirisch konnotiertes, an eine Haarpflegemittel-Firma erinnerndes, bei objektiver Betrachtung harmloses Meme („Schwachkopf“) hat einem Bürger und seiner Familie sogar eine frühmorgendliche Hausdurchsuchung eingebracht.



01.12.2024 [Freischwebende Intelligenz](#): Was hat dieser Richter falsch gemacht? Der Weimarer Familienrichter Christian Dettmar hatte per einstweilige Anordnung Coronamaßnahmen an Schulen gekippt. Dafür wurde er verurteilt und ist sein Richteramt los. „Tatsächlich ist bei den Richtern die Auslese, die der Stand erbarmungslos vornimmt, gefährlicher und schlimmer als bei der ihnen gesinnungsverwandten Reichswehr. Es liegt bei beiden der Fall einer klaren Kooption vor: die Gruppe wählt sich hinzu, wer sich dem Gruppengeist anpaßt - immer adäquate, niemals heterogene Elemente. Das fängt bei der Justizprüfungscommission an, und mit dem feinen Siebe der Personalreferenten gehts weiter. Das Resultat ist dieser Richterstand.“ „Und löckt er da gegen den Stachel, so ist erfahrungsgemäß seines Bleibens in der Gruppe und im Stand nicht mehr allzulange. Oder aber, er darf bleiben: unter so entwürdigenden, seine Arbeit so erschwerenden Umständen, dass er den ungleichen Kampf aufgibt und quittiert.“- Kurt Tucholsky, Deutsche Richter (Glosse, 1927).

01.12.2024 [Cicero](#): Rechtswissenschaftler legen Stellungnahme zu AfD-Verbot vor- Professoren in Selbstüberschätzung. Noch immer wird im Bundestag über ein Verbot der AfD diskutiert. 17 Professoren wollten in einem Gutachten seinen Befürwortern neues Material liefern. Deren Argumentation ist allerdings schwach - und für die Demokratie gefährlich.

01.12.2024 [WELT](#): Unter Habeck wäre Joschka Fischer verhaftet worden. Die Klagen der beleidigten Spitzen-Grünen Habeck und Baerbock wegen Internet-Kommentaren könnten nur der Anfang sein: Jetzt werden aus der SPD Überlegungen laut, sogenannte Politikerbeleidigung deutlich schärfer zu ahnden als bisher. Würde das eigentlich auch greifen, wenn AfD-Politiker betroffen wären?

03.12.2024 [Kontrafunk](#): Rechtsanwalt Tobias Ulbrich spricht mit uns über seine Entdeckungen von besonders tödlichen Chargen des mRNA-Präparats und eine mögliche Vertuschung seitens der Behörden.

03.12.2024 [Reitschuster](#): US-Bericht enthüllt: Der wahre Ursprung von SARS-CoV-2. Neuer Coronapandemie-Report lässt deutsche Experten schlecht aussehen. Während sich in Deutschland die meisten Politiker bzw. politischen Parteien einer dringend notwendigen Aufarbeitung der Coronapandemie noch immer verweigern, macht diese in nahezu allen maßgeblichen Ländern mit strenger Coronapolitik mittlerweile erhebliche Fortschritte. Seit heute ist ein umfangreicher, 520-seitiger Abschlussbericht eines Ausschusses des US-Repräsentantenhauses zur Untersuchung der Coronavirus-Pandemie der weltweiten Öffentlichkeit zugänglich. So wird u.a. festgestellt, dass „langfristige Schulschließungen nicht durch die verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse und Indizien gestützt wurden“ - im Gegensatz zu Behauptungen einiger selbst ernannten „Experten“ sowohl in USA als auch hierzulande. Ferner offenbart der Bericht, dass eine „Impfpflicht nicht vom Stand der Wissenschaft unterstützt wurde und mehr Schaden als Nutzen verursachte“ und dass „Masken bzw. eine Maskenpflicht bei der Eindämmung der Ausbreitung von COVID-19 wirkungslos waren.“

04.12.2024 [WELT](#): US-Bericht soll Laborunfall in China belegen. Das Virus SARS-CoV-2 sei „wahrscheinlich durch einen Labor- oder Forschungsunfall aufgekommen“, hieß es in dem 520-seitigen Bericht eines Unterausschusses des Repräsentantenhauses.

Das Gremium stützt seine Erkenntnis auf 30 Befragungen sowie die Sichtung von mehr als einer Million Seiten an Dokumenten. Interviewt wurde auch der US-Virologe und oberste Corona-Berater der Regierung, Anthony Fauci. Die Republikaner werfen dem 83-Jährigen vor, Gelder an chinesische Wissenschaftler weitergeleitet zu haben, die das Coronavirus gentechnisch hergestellt haben sollen. Bei seiner Befragung im Juni argumentierte Fauci dagegen, es sei „molekular unmöglich“, dass sich die in einem Labor im chinesischen Wuhan untersuchten Fledermausviren in das Virus umwandeln, das dann die Pandemie verursacht habe.

04.12.2024 [apolut](#): Das EU-Vermögensregister kommt durch die Hintertür. Regierungen und eine EU, die gern ein Vermögensregister und finanziell gläserne Bürger hätten, können diesem Ziel näher kommen, indem sie die Banken auffordern, ihren Kunden ein Höchstmaß an finanziellen Informationen abzupressen. Wenn die vernetzten Register etabliert sind und es zur Norm geworden ist, dass die Banken die Kunden zwingen, sich finanziell nackig zu machen, ist es ein leichtes, zusätzliche Angaben in die Register aufzunehmen. Dann können zum Beispiel die Angaben eines Kunden bei verschiedenen Banken und die Summe der bei diesen verwalteten Vermögen automatisiert abgeglichen und Widersprüche aufgedeckt werden. Das kann dann zu Verdachtsanzeigen wegen Geldwäsche und Kontenkündigungen oder gar -sperrungen führen. Im Ergebnis können die Bürger dann nicht mehr anders, als alle ihre Vermögenswerte den Banken - und damit den Behörden - anzugeben. Das Ergebnis wäre ein EU-weites Vermögensregister durch die Hintertür.



05.12.2024 [WELT](#): US-Bericht zur Pandemie. „Massiver Kollateralschaden“ - Hunderte Seiten Abrechnung mit der Corona-Politik. Das US-Repräsentantenhaus veröffentlicht seinen Bericht zum Umgang der Regierung mit der Corona-Pandemie - und übt scharfe Kritik. Das Papier ist ein wichtiger Baustein auf dem Weg zur Vernunft - und zeigt, wie falsch Wissenschaftler wie Drostens lagen.

05.12.2024 [Alexander Wallasch](#): Biden will Fauci begnadigen: Der düstere Herr der Pandemie soll vor Strafverfolgung geschützt werden. „The Independent“ schreibt dazu, die Biden-Administration erwäge eine „Präventiv-Begnadigung“ - also eine Art Carte Blanche - für Fauci, um ihn „vor rachsüchtigen politischen Verfolgungen durch Donald Trumps neue Regierung zu schützen.“ Fauci ist ehemaliger Leiter des Nationalen Instituts für Allergien und Infektionskrankheiten. Er plante und verantwortete während der Covid-19-Pandemie die Lockdown-Maßnahmen und Impfkampagnen.

06.12.2024 [Apollo News](#): „Unfähigster Wirtschaftsminister aller Zeiten“: Kubicki wegen Habeck-Post angezeigt. Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki nannte Robert Habeck den „unfähigsten Wirtschaftsminister aller Zeiten“. Dafür wurde er angezeigt.

06.12.2024 [Berliner Zeitung](#): Marcel Luthe verklagt die Regierung: „Die Bürger wurden über das Coronavirus getäuscht.“ Impfen, um andere zu schützen? Die geleakten RKI-Protokolle veranlassten den Politiker zur Anzeige. Die Berliner Staatsanwaltschaft prüft.

06.12.2024 [Achgut](#): Versagt die Justiz, wenn Politiker wie Robert Habeck Strafantrag stellen? Was bewegt Staatsanwaltschaften dazu, Ermittlungen in Bagatellfällen aufzunehmen und Polizeibeamte anzuweisen, Ministern ein Formular zwecks Stellung eines Strafantrags zu schicken?

06.12.2024 [Cicero](#): Von „falschen Vorbehalten“ und abstrakter Volksverhetzung. Eine Kritik an Habeck und der Migrationspolitik, in der die Wörter „Faulenzer“, „Schmarotzer“, „Messerkünstler“ und „Vergewaltiger“ vorkommen, macht laut Urteil des Amtsgerichts Düsseldorf aus einer Rentnerin eine Volksverhetzerin.

08.12.2024 [Freischwebende Intelligenz](#): Deutschland vor dem Tsunami der Aufarbeitung. Ein Land steht vor schmerzhaften Wahrheiten. Wie war der Corona-Hochverrat an der Demokratie möglich?

09.12.2024 [Cicero](#): Die Bombe von Erfurt. Es dürfte eng werden für den Chef des Verfassungsschutzes in Thüringen: Wenige Jahre nach seinem Amtsantritt soll Stephan Kramer vom Innenministerium eine „gewichtige“ Straftat vorgeworfen worden sein. Konsequenzen blieben aus. Schon seit der Wende ist Thüringen in Sachen Verfassungsschutz (VS) ein besonderes Pflaster. Kritiker werfen der Behörde nicht nur ein eklatantes Versagen in Sachen NSU und beim ersten NPD-Verbotsverfahren vor. „Damals hat der Verfassungsschutz den Nazis doch den Arsch gerettet“, sagt selbst Ministerpräsident Bodo Ramelow. An der Tatsache, dass sich der Verfassungsschutz Thüringens mitunter wie ein Staat im Staate aufspielen darf, scheint sich allerdings bis heute nicht allzu viel geändert zu haben.

09.12.2024 [Berliner Zeitung](#): Thüringer Verfassungsschutzchef soll entlastendes AfD-Gutachten unterdrückt haben. Stephan Kramer, Chef des Thüringer Verfassungsschutzes, soll ein internes „System“ aufgebaut haben. Er war maßgeblich an der Einstufung der AfD als „gesichert rechtsextrem“ beteiligt.

09.12.2024 [NachDenkSeiten](#): Ein Hauch von 1984 - Telepolis löscht das eigene Ar-

chiv. Als Telepolis 1996 das Licht der Welt erblickte, gab es den Ausdruck „alternative Medien“ noch nicht einmal. Wie auch die NachDenkSeiten gehörte das zum Heise Verlag gehörende Onlinemagazin zu den Pionieren eines publizistischen, politischen Mediums, in dem auch Fakten und Meinungen zu Wort kamen, die sich nicht in den Mainstream einreihen ließen. Dieses kulturelle Erbe ist nun Geschichte. Im Rahmen einer „Qualitätsoffensive“ - allein dieser Begriff könnte auch George Orwells 1984 entliehen sein - hat Telepolis nun alle Artikel, die vor 2021 erscheinen sind, vom Netz genommen - das sind über 50.000 Beiträge. 2021 übernahm der neue Chefredakteur Harald Neuber, der auch für die Löschkaktion verantwortlich zeichnet, das Ruder.

09.12.2024 [WELT](#): Ein Staatsstreich mit legalistischer Fassade - und das mitten in der Europäischen Union. Mit der Annullierung der demokratischen Wahlen in Rumänien haben Politik und Justiz alle roten Linien überschritten, die einen Rechtsstaat von einer Autokratie unterscheiden. Auch deutsche Medien spielen dabei die Rolle von Propagandisten. Droht das Beispiel Schule zu machen?

09.12.2024 [Fassadenkratzer](#): „Netz der Lügen und Kaskade der juristischen Vernichtung“. Am 30. November 2024 forderten etwa 21.000 Menschen in Genf vor dem dortigen UN-Gebäude, das unter anderem den UN-Menschenrechtsrat sowie das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte beherbergt, die Freiheit des menschen-



rechtswidrig in Untersuchungs- und teilweise in Isolations-Haft gehaltenen deutschen Rechtsanwaltes Dr. Reiner Füllmich. Der anthroposophische Arzt Dr. Thomas Külken, selbst mit Praxisdurchsuchung und Gerichtsprozess wegen angeblich falscher Masken-Atteste für Schüler politisch verfolgt, hielt dort eine eindrucksvolle, in die Tiefe gehende gesellschaftspolitische Rede.

09.12.2024 [Tichys Einblick](#): Schwere Vorwürfe gegen Thüringens Verfassungsschützer Kramer. Zurückgehaltene Akten, selbstgebastelte Belege für Extremismus, fragwürdiger Umgang mit Mitarbeitern: Neue Vorwürfe gegen Thüringens Verfassungsschutzpräsidenten Kramer stellen endgültig seine Qualifikation für dieses Amt in Frage. Vertrauen in die Demokratie bewirkte diese Personalie noch nie.

09.12.2024 [Apollo News](#): Inside Verfassungsschutz: Eine Behörde gegen die AfD. Stephan Kramer prägte das neue Selbstverständnis des Verfassungsschutzes wie kein zweiter - im Kampf gegen die AfD. Eine monatelange Apollo News-Recherche bringt brisante Vorgänge und schwere Vorwürfe ans Licht - es geht um Bedrohung,

Manipulation und Intrigen.

10.12.2024 [WELT](#): Wie der „Reichsbürger“-Prozess dem Zeitgeist hinterher galoppiert. Es soll der größte Anti-Terror-Prozess der Nachkriegszeit sein. Aber nach 40 Tagen im Frankfurter „Reichsbürger“-Prozess gibt es keine überzeugenden Beweise für die Gefahr, die von Prinz Reuß und Co. ausgegangen sein soll. Unsere Autorin sieht eine andere Motivation hinter dem Verfahren.

10.12.2023 [Transition News](#): „Ein Arzt muss eine Person, bevor er ihr ein Maskentest ausstellt, nicht zwingend eingehend untersuchen.“ Dem Hamburger Arzt Walter Weber wurde vorgeworfen, Gefälligkeitsmaskenteste ausgestellt zu haben. Gestern wurde er nun zu 22 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Im Anschluss an die Verhandlung erklärten die Anwälte des 80-Jährigen, Sven Lausen und Ivan Kühnemann, warum sie das Urteil nicht nachvollziehen können. Zentrales Argument: Weber sei nicht, wie von der Richterin Nele Behr behauptet, verpflichtet gewesen, seine Patienten physisch zu untersuchen. Revision hat man bereits eingelegt.

10.12.2024 [netzpolitik.org](#): Schleswig-Holstein führt gleich mehrere Arten von Gesichtserkennung ein. Die schwarz-grüne Landesregierung von Schleswig-Holstein wird die automatisierte Analyse biometrischer Merkmale ausbauen. Das besagt das gestern vorgestellte „Sicherheits- und Migrationspaket“. Nach dem zugrundeliegenden „Maßnahmenkonzept“ soll die Polizei von Schleswig-Holstein künftig „Daten aus öffentlich zugänglichen Quellen des Internets mit den polizeilichen Fahndungsdaten“ abgleichen dürfen. Das Ansinnen war auch Teil des Überwachungs Pakets der damals noch existierenden Ampel-Regierung im Bund. Dieser Teil war zunächst im Bundesrat gescheitert, doch nun haben sich Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) und die Innenminister der Länder darauf geeinigt, ihn doch vor der Wahl noch durchzuwinken. Im Prinzip besagt die Idee, dass die Polizei ein eigenes Clearview oder PimEyes bekommen soll. Diese Suchmaschinen durchforsten das frei zugängliche Internet und nehmen die biometrischen Merkmale aller gefundenen Gesichter in eine Datenbank auf. Lädt man ein Bild einer Person hoch, bekommt man daraufhin alle Bilder angezeigt, auf denen die mutmaßlich gleiche Person im Netz zu sehen ist. Was die Gesichtersuchmaschinen tun, ist allerdings illegal - eine nicht erlaubte Verarbeitung von persönlichen Daten und somit ein klarer Verstoß gegen EU-Datenschutzregeln. Damit die Polizei, wie von Schleswig-Holstein und auch den übrigen Ländern gewünscht, Fotos aus dem Internet mit Fahndungsbildern abgleichen kann, müsste sie selbst eine derart fragwürdige Datenbank aufbauen. Die EU-KI-Verordnung verbietet aber „die Verwendung von KI-Systemen, die Datenbanken zur Gesichtserkennung durch das ungezielte Auslesen von Gesichtsbildern aus dem Internet oder von Überwachungsmaterial erstellen oder erweitern“.

10.12.2024 [NachDenkSeiten](#): Gabriele Krone-Schmalz wird zum Opfer von „Zensurkultur“. Am kommenden Montag, am 16. Dezember, 19:00 Uhr soll im Filmtheater Sendlinger Tor in München der Dokumentarfilm über die frühere Moskau-Korrespondentin gezeigt werden. Gabriele Krone-Schmalz und der Kinobetreiber sind jetzt zum Opfer intoleranter, aggressiver Zeitgenossen geworden. In Mails an den Kinobetreiber - eine Auswahl wird unten dokumentiert - wird sie als „Marionette Putins in Deutschland“ und als „Helfershelfer von Terror, Krieg, Massenmord und Vergewaltigung“ bezeichnet. Der Kinobesitzer wird aufgefordert, die Premiere abzusagen. - So



weit sind wir in diesem Land schon gekommen, die Toleranz geht gegen null. Umso wichtiger und übrigens auch interessant ist der Besuch von Kino und Diskussion am kommenden Montag in München und später überall im Land.

10.12.2024 [WELT](#): Wie Schulbücher das Wissen über den Klimawandel verbiegen. Versinkende Länder, übertreibende Grafiken, „Immer-schlimmer-ismus“: Anstatt die Kenntnisse der Wissenschaft abzubilden, verfälschen Kinderbücher in Deutschland den Sachstand über den Klimawandel - und schwindeln über die Energiewende.

11.12.2024 [AUF1](#): Nachrichten AUF1 vom 11. Dezember 2024. Schandurteil gegen Walter Weber - Scharfe Kritik jetzt auch von Juristen.

11.12.2024 [Apollo News](#): Nach Apollo-News-Recherche: CDU- und FDP-Politiker fordern Rücktritt von Stephan Kramer. Nach der Apollo News-Recherche um den thüringischen Verfassungsschutzpräsidenten Stephan J. Kramer, gibt es die ersten Rücktrittsforderungen. Die Thüringer FDP, ebenso wie hochrangige CDU- und BSW-Politiker, fordern eine Aufarbeitung im Fall Kramer.

11.12.2024 [NachDenkSeiten](#): Lieferten MDR-Journalisten einen Informanten an den Thüringer Verfassungsschutz aus? Schwere Vorwürfe gegen Journalisten des MDR sowie gegen den Präsidenten des Thüringer Verfassungsschutzes hat Apollo-News formuliert. Es geht um nicht berücksichtigte Gutachten zur AfD, einen fragwürdigen Führungsstil und angeblich verweigerten Quellenschutz.

13.12.2024 [NachDenkSeiten](#): Michael Meyen: „Es geht um Definitionsmacht“. „Rechercheverbünde wie OCCRP und ICIJ gehören zum Propaganda-Apparat und die Faktenchecker zum Zensurregime“ - das sagt Michael Meyen im Interview mit den NachDenkSeiten. Die NDS haben die aktuellen Entwicklungen zu dem OCCRP (Organized Crime and Corruption Reporting Project) zum Anlass genommen, über die Hintergründe und die Bedeutung großer Rechercheorganisationen und Faktenchecker zu sprechen. Deutungshoheit und Definitionsmacht - darum geht es, sagt

Meyen. „Bis in die 1990er“, so der Kommunikationswissenschaftler, habe es gereicht, „Gegenstimmen aus den großen Zeitungen herauszuhalten und aus dem Rundfunk. Was dort nicht vorkam, hat für den Wähler nicht existiert.“ Durch das Internet habe sich die Situation verändert, und nun stehen Faktenchecker und Rechercheverbände auf der Bühne.

15.12.2024 [Cicero](#): Sollen wir dem Staat vertrauen? Am Montag stellt Olaf Scholz die Vertrauensfrage. Dabei wird längst die gesamte Gesellschaft von einem Klima des Misstrauens durchzogen. Repressive Informationspolitik sowie ein kollektivistisches Menschenbild sind zur Achillesferse der Demokratie geworden. Höchste Zeit zur Umkehr. Der Kampf um das Vertrauen ist also zugleich ein Kampf um die Informationshoheit, welcher mit repressiven Mitteln geführt und durch Gesetzgebung verstetigt werden kann. Im Schoß der Demokratie scheinen sich damit totalitäre Tendenzen anzubahnen, welche nicht nur politische Oppositionsbildung, sondern grundsätzlich die Meinungs- und auch die Wissenschaftsfreiheit und damit am Ende durch Beschränkung der Freiheitsrechte auch die Demokratie selbst bedrohen könnten. Die Annahme, dass politisches Vertrauen durch repressive Mittel erzwungen werden könne, ist keineswegs selbstverständlich. Vielmehr könnte sogar das Gegenteil der Fall sein, denn eine Atmosphäre der Kontrolle und Denunziation, wie sie die Durchsetzung von Informationshoheit notwendig erzeugt, verbreitet Misstrauen in der Gesellschaft.

16.12.2024 [netzpolitik.org](#): Neues BKA-System: Polizeiliche Gesichtserkennung geht steil. Die Zahl von Abfragen und Gespeicherten im BKA-Gesichtserkennungssystem nimmt weiter zu. Ein Upgrade mit einer Fehlerrate nahe Null macht 50 Lichtbildexperten arbeitslos. Nur die KI-Verordnung der EU ist noch im Weg. Deutsche Polizeien nutzen das Gesichtserkennungssystem (GES) des Bundeskriminalamtes (BKA) immer zahlreicher für Abfragen. Im Jahr 2023 wurden über die Plattform insgesamt 117.894 Suchen durchgeführt, davon 74.803 durch die Landeskriminalämter, 26.187 durch das BKA und 16.904 durch die Bundespolizei.

16.12.2024 [AfD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt](#): Unterdrückung von Regierungskritikern statt Religionsfreiheit. Sohn von Pfarrer Martin Michaelis, der für die AfD im Stadtrat Quedlinburg sitzt, ist aus dem Beamtenverhältnis entfernt worden. Er war Beamter auf Probe im Landesamt für Verbraucherschutz und hatte sich während der Corona-Zeit geweigert, Maßnahmen die ihm rechtswidrig erschienen, umzusetzen.

16.12.2024 [beck-aktuell](#): US-Kampfdrohnen-Einsätze über Ramstein: Darf die Bundesregierung einfach wegschauen? Die USA benötigen für ihre Drohnen-Einsätze im Jemen die Militärbasis im rheinland-pfälzischen Ramstein als Relais-Station. Ist Deutschland damit verantwortlich für Menschenrechtsverletzungen, die mit den Drohnen begangen werden? Darüber verhandelt am Dienstag das BVerfG.

16.12.2024 [Achgut](#): Sachsens Verfassungsschutz: Ein AfD-Gutachten von Google? Aktuell wird viel berichtet, wie der Verfassungsschutz in Thüringen die offizielle Etikettierung der AfD als „rechtsextrem“ begründete. Aber wie ist das eigentlich in Sachsen gelaufen? Da wird es richtig düster. Im letzten Jahr hatte der Verfassungsschutz in Sachsen ein 134-seitiges Gutachten über den sächsischen Landesverband

der Alternative für Deutschland (AfD) angefertigt, um der Partei offiziell das Etikett „rechtsextrem“ anzuheften. Presse und Öffentlichkeit wurden im Dezember 2023 mit einer 2,5-seitigen Pressemitteilung abgespeist. Darin wurde nur äußerst dürftig begründet, warum der AfD-Landesverband in Sachsen als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung“ eingestuft wird. Es würde alles im Gutachten stehen, hieß es. Nur leider hat es der Verfassungsschutz auf Nimmerwiedersehen im Panzerschrank verschwinden lassen. Auch auf Pressenachfragen mochte das Landesamt keine weiteren Details über dessen Inhalt verraten.

17.12.2024 [Apollo News](#): „Dummes Zeug“ - Mann nach vermeintlicher Beleidigung von Manuela Schwesig in Haft. Weil er Manuela Schwesig unter anderem „Märchenerzählerin“ nannte und ihr vorwarf, den Menschen „dummes Zeug“ zu verkaufen, wurde ein Mann in Niedersachsen zu einer Geldstrafe verurteilt. Als er nicht zahlte, kam er 30 Tage in Ersatzhaft.

18.12.2024 [Verfassungsblog](#): Ein „Hochschulsicherheitsrecht“ verstößt gegen die verfassungsrechtliche Gewährleistung wissenschaftlicher Forschung und Lehre. Das im Entwurf vorliegende „Hochschulstärkungsgesetzes“ ist geeignet ist, die Wissenschaftsfreiheit ernsthaft und nachhaltig zu beschädigen und dadurch die Hochschulen nicht zu stärken, sondern sie zu schwächen.



18.12.2024 [Donaukurier](#): Verstoß gegen Masern-Impfpflicht: Gericht spricht Eltern frei, die 5000 Euro Bußgeld zahlen sollten.

19.12.2024 [NIUS](#): Manipulierte Daten, kein Gesundheitsnotstand: Warum man die Corona-Impfstoffe nie hätte zulassen dürfen.

19.12.2024 [NZZ](#): Jan Böhmermanns Bericht über Arne Schönbohm war unzulässig. Das Urteil gegen das ZDF ist nun gefallen. Der Fernsehkomiker Jan Böhmermann

dichtete dem damaligen Chef des Cybersicherheitsamts eine Nähe zu Russland an - ohne jeden triftigen Beweis. Auf finanzielle Entschädigung darf Schönbohm allerdings nicht hoffen. Arne Schönbohm leitete das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), eine Cybersicherheitsbehörde, die dem Bundesinnenministerium untersteht. Bis zum 18. Oktober 2022 war er in Amt und Würden, bis ihm Innenministerin Nancy Faeser die Führung seiner Amtsgeschäfte verbot. Denn eine Sendung des Satiremagazins „ZDF Magazin Royale“ hatte ihn zuvor in ein negatives Licht gerückt. Schönbohm, so die Unterstellung des Fernsehkomikers Jan Böhmermann, unterhalte offenbar Beziehungen zu russischen Geheimdiensten. Zwei Aussagen von Böhmermann, die eine angebliche Nähe zu russischen Nachrichtendiensten insinuierten, stuft das Landgericht München als falsche Tatsachenbehauptungen ein, die die Persönlichkeitsrechte von Schönbohm verletzen.

19.12.2024 [Apollo News](#): Bundesverfassungsgericht: Bundestag beschließt Gesetz, um AfD bei der Auswahl von Richtern umgehen zu können. Der Bundestag hat eine Grundgesetzänderung beschlossen, um die Auswahl von Richtern am Verfassungsgericht zu erleichtern. Damit sollen Parteien wie AfD und BSW künftig bei der Auswahl der Richter umgangen werden können. Bei der Wahl von Bundesverfassungsrichtern wird es künftig keine Sperrminorität geben - beispielsweise von AfD und BSW. Das beschloss der Bundestag am Donnerstag. Damit könnten kleinere Parteien künftig keinen Einfluss mehr auf die Richterwahl haben. Die Kritik an diesem Vorhaben: Damit könnte die Überparteilichkeit bei der Richterwahl abgeschwächt werden. Im Bundesrat sind seit jeher zwei Parteien überrepräsentiert: CDU und SPD. Auch die Grünen verfügen regelmäßig über eine wesentlich stärkere Präsenz als im Bundestag. Alle drei Parteien könnten daher praktisch im Alleingang Richterwahlen vornehmen. Wenn es im Bundestag keine Zwei-Drittel-Mehrheit gibt, dann entscheidet der Bundesrat. Die Sperrminorität wird de facto umgangen. Der breite überparteiliche Konsens, der bis dato für die Auswahl der Richter nötig war, wird in Teilen ausgehebelt.

20.12.2024 [WELT](#): Die unbekanntenen Impfstofftoten. Deutsche Behörden räumen eine nennenswerte Zahl von Toten durch die Covid-Impfstoffe ein. Und auch, dass bei den meisten Verdachtsfällen nicht weiter nachgeforscht wurde - obwohl es dazu Angebote gab.

20.12.2024 [Kontrafunk](#): Der Bundestag hat eine Grundgesetzänderung beschlossen. Damit soll das Bundesverfassungsgericht, wie es heißt, gegen Angriffe durch Verfassungsfeinde geschützt werden. Dazu hören Sie ein Interview mit dem Staats- und Verfassungsrechtler Prof. Dietrich Murswiek.

21.12.2024 [Berliner Zeitung](#): Du wurdest einfach falsch informiert. Eine Weihnachtsbotschaft von Michael Andrick an alle, die ihre Nachrichten aus dem „Feed“ (deutsch: Futtertrog) ihres Handys beziehen und sich informiert fühlen. Es gibt gut belegte Hinweise darauf, dass man sich im April 2022 in Istanbul beidseitig einig war, den Krieg sofort zu beenden. Hunderttausende wären jetzt noch am Leben, Städte und Dörfer würden noch stehen, falls das stimmt. Wer hat das verhindert? Nun, die Ukraine wurde jahrelang gezielt zum Schlachtfeld aufgerüstet, während man in Minsk herumverhandelt hat, um dem Land dafür „Zeit zu geben“ - so Angela Merkel im Dezember 2022 in einem „Interview“ mit der Zeit. Wer hat diese Aufrüstung betrieben,

und warum?

23.12.2024 [tkp](#): Importierte Fachärzte in Deutschland.

23.12.2024 Bastian Barucker bei [YouTube](#): Richter a. D. zu Online-Zensur und Pandemiepolitik - im Gespräch mit Dr. Manfred Kölsch. Ehemaliger Richter äußert sich im Gespräch zur potenziell demokratiegefährdenden Online-Zensur auf EU-Ebene und zu den Auswüchsen der deutschen Pandemiepolitik. Das Gesetz über digitale Dienste (englisch Digital Services Act, DSA) ist seit dem 17. Februar 2024 in Deutschland anwendbar. Laut der Bundesregierung zielt es auf „ein sichereres und verantwortungsvolleres Online-Umfeld“ ab. Der Richter außer Dienst und Rechtsanwalt Dr. Manfred Kölsch, der im Mai 2021 aufgrund der haarsträubenden Pandemiepolitik sein Bundesverdienstkreuz zurückgab, hat sich in mehreren Publikationen (2) mit diesem Gesetz beschäftigt und sieht vor allem in der Unbestimmtheit der angewandten Begriffe eine Gefahr für den Debattenraum. Die Möglichkeit, ganz frei zu diskutieren, sei für ein demokratisches Zusammenleben elementar wichtig, der Streit zwischen kontroversen Meinungen gehöre untrennbar/unabdingbar/unver-



zichtbar zur Demokratie. Kölschs' Meinung nach birgt der Digital Services Act das Potenzial, dass eben nicht nur tatsächlich rechtswidrige Inhalte gelöscht werden, sondern auch Meinungsäußerungen, die eigentlich von der Meinungsfreiheit gedeckt sind. Im zweiten Teil unseres Gesprächs geht es um die illegale massenhafte Beschaffung von Masken unter dem ehemaligen Gesundheitsminister Jens Spahn, die Dr. Kölsch zufolge eindeutig illegal verlief. Der Bundeshaushalt sei hierdurch mit stolzen 5,9 Milliarden Euro belastet worden, ohne dass diese Ausgaben einen sinnvollen Beitrag zur „Pandemie“-Bekämpfung geleistet hätten. Manfred Kölsch spricht diesbezüglich von Steuergeldvernichtung und hat auch darüber eine ausführliche, sehr lesenswerte Analyse veröffentlicht.

28.12.2024 [Berliner Zeitung](#): Corona-Aufarbeitung: Berliner BSW-Politiker stellt 40 Anfragen an den Senat - das kam heraus. Wie tödlich war Covid-19 in Berlin? Wie ausgelastet waren die Kliniken? Der BSW-Abgeordnete King und der Gesundheitsexperte Albers haben nach Daten gefragt.



29.12.2024 [Cicero](#): Die Generation Schneeflocke probt den Aufstand. Ein Gastbeitrag des Milliardärs Elon Musk in der „Welt am Sonntag“ empört zahlreiche Journalisten. Empört sind sie aber bloß, weil er nicht sagt, was sie gerne hören würden. Ohne echte Meinungsfreiheit gibt es aber auch keine echte Demokratie.

30.12.2024 [Berliner Zeitung](#): Zum Fall Elon Musk: „Habecks Wunsch nach einer staatlichen Steuerung der Meinungsbildung ist totalitär“. Unser Autor ist prominenter Medienanwalt. In seinem Gastbeitrag zeigt er auf, dass die Meinungsfreiheit hierzulande missverstanden wird. Erst recht von Robert Habeck. Nun ist die Wahrnehmung von Grundrechten, und politische Polemik gehört dazu, kein Angriff auf die Demokratie, sie gehört vielmehr zum freiheitlichen Staat und ist für diesen schlechthin konstituierend. Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz, das Demokratieförderungsgesetz, der Digital Services Act, Trusted Flagger, Meldestellen für antimuslimischen Rassismus, Meldestellen zu queerfeindlichen und rassistischen Vorfällen und Tausende Strafanzeigen von Politikern wegen oft banaler Äußerungen runden das hier nur rudimentär gezeichnete Bild eines völlig übergriffigen Staates ab. In einem von trivialen Floskeln wie „Hass und Hetze“ kontaminierten Diskurs wird dieser Rahmen immer weiter eingeengt. Denn der Staat hat kein Interesse an Meinungsfreiheit. Frau Paus, Frau Faeser und Herr Habeck, Frau Baerbock und Frau Strack-Zimmermann stehen nicht auf der Seite der Freiheit, sie stehen auf der anderen Seite.

31.12.2024 Aya Velázquez bei [X](#): „SARS-CoV-2 comes from a US lab“ - Interview Aya Velázquez with lab leak researcher Jim Haslam,

BÜCHER

„Die RKI-Protokolle“: Enthüllungen zur Pandemiepolitik

Die Buch-Schmiede veröffentlicht am 10. Dezember 2024 das kontroverse Sachbuch „Die RKI-Protokolle“ von Markus Schlöffel. Das Werk setzt sich mit den Maßnahmen und Entscheidungen des Robert Koch-Instituts (RKI) während der Corona-Pandemie auseinander und stellt grundlegende Fragen zu den politischen Mechanismen, die in dieser Zeit unsere Gesellschaft geprägt haben. Schlöffel analysiert nicht nur die Faktenlage, sondern deckt auch Widersprüche und fragwürdige Strukturen auf, die bislang kaum öffentlich diskutiert wurden. ([INAR](#))

AUFSÄTZE

Vors. Richter am VGH Martin Morlock - **Versammlungsrechtliche Beurteilung anti-israelischer bzw. antisemitischer Parolen (u. a. „From the river to the sea“)** (NVwZ - Online-Aufsatz, 2 2024, S. 1 ff., [beck-online](#))

Unterstützen Sie unsere Arbeit gern mit einer Spende. Herzlichen Dank!

Netzwerk KRiStA | IBAN: DE12 6725 0020 0009 3540 85

IMPRESSUM

Herausgeber

KRiStA – Netzwerk Kritische Richter und Staatsanwälte n.e.V.
Bessemerstraße 82
12103 Berlin

E-Mail: kontakt@netzwerkkrista.de

Website: <https://netzwerkkrista.de>

Vertretung des Vereins

jeweils einzeln vertretungsberechtigt als gleichberechtigte Vorstandsmitglieder: Matthias Guericke, Karin Hark und Thomas Wagner

V.i.S.d. § 18 Abs. 2 MStV

Matthias Guericke
c/o KRiStA – Netzwerk Kritische Richter und Staatsanwälte n.e.V., Bessemerstraße 82, 12103 Berlin
E-Mail: kontakt@netzwerkkrista.de

Haftung für Links

Wir können keine Haftung für externe Links übernehmen. Eine permanente inhaltliche Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.

